

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint 3 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch Träger und ausm. Bezieherungen frei ins Haus monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Nikolausstr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 25 Pf., Rheinlande 1.-M., außerhalb 30 Pf., Rheinlande, jeile 1.50 M., Zeitungspreis u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 5 M., pro 1000.

Nummer 630

Donnerstag, 12. Dezember 1918.

72. Jahrgang.

Einberufung des Reichstags.

Berlin, 11. Dez. (Eig. Tel.) Die die „D. Z.“ schreibt, ist die Entente allem Anschein nach tatsächlich nicht geneigt, mit der sozialistischen Regierung und den Arbeitern und Soldatenräten zu verhandeln, da sie in diesen Körperschaften keine Vertretung des gesamten deutschen Volkes erblickt. Sie dürfte morgen bei den Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes in Trier eine dahingehende Erklärung abgeben. Angesichts dieser Sachlage finden im Kabinett Verhandlungen über die Frage statt, ob der Reichstag wieder einzuberufen sei, um der gegenwärtigen Regierung eine parlamentarische Grundlage zu geben. Man rechnet daher in unterrichteten Kreisen damit, daß der Reichstag bereits Anfang nächster Woche zusammentritt.

Ententewünsche „bis nach Berlin“.

Haag, 11. Dez. (Eig. Tel.) Der britische drahtlose Dienst veröffentlicht folgende Meldung: Die gegenrevolutionäre Bewegung in Berlin will einen Bürgerkrieg, dessen Ausbruch, wie verlautet, besonders blutig sein würde. Daher begrüßt das Volk die Hilfe der Alliierten und verlangt, daß die Verfassung bis nach Berlin zur Aufrechterhaltung der Ordnung ausgedehnt werde. (Der britische drahtlose Dienst beurteilt die inneren Wirren vom Standpunkt der feindlichen Wünsche; durch die Einberufung des Reichstages würde aber georot werden, daß für die Ordnung im eigenen Hause ohne fremde Einmischung das Notwendige geschieht.)

Soldatenrat des 18. Armeekorps.

Bad Nauheim, 11. Dez. (Wolff-Rel.) Heute vormittag hielten etwa 300 Angehörige des Soldatenrates des 18. Armeekorps in der hiesigen Turnhalle eine Versammlung ab. Den Vorsitz führte der Vertrauensmann des 18. Armeekorps Sergeant Kremler. Redakteur Altmeyer sprach über die innere und äußere Lage der deutschen Republik. Hauptmann Müller gab Richtlinien für die Soldatenräte. Oberleutnant Stendebach hielt einen Vortrag über Demobilisationsfragen. Nach dem Vortrag des Redakteurs Altmeyer wurde folgende Entschließung angenommen:

Die heute in Bad Nauheim tagende Käteversammlung der Truppen des Reichs des 18. Armeekorps bekennt sich zu der Regierung Ebert-Daale und fordert die baldmöglichste Einberufung der Nationalversammlung zur Sicherung und zum Ausbau der Republik. Die Versammlung verurteilt aufs Schärfste das unparlamentarische Treiben der Spontankräfte und verlangt von der Regierung, daß sie ihm sofort mit allen Mitteln ein Ende macht. Als ebenso selbstverständlich muß jeder Versuch gegen die Revolution, die von rechts gemacht wird, aufs Schärfste bekämpft werden.

Heimkehr der Jägerdivision.

Berlin, 11. Dez. (Eig. Tel. 35.) Am heutigen Mittag ist durch das Brandenburgische Tor die deutsche Jägerdivision eingezogen. Diese Truppe, die auch im italienischen und englischen Heeresbericht oft erwähnt wurde, und die zuletzt im Westen gekämpft hat, ist diejenige, welche den Durchbruch an der Monzofront errungen hat. Der Volksbeauftragte Haase und Bürgermeister Reide hießen am Brandenburgischen Tor Anführer.

Die bayerischen Landtagswahlen.

München, 11. Dez. (Wolff-Rel.) Das Ministerium des Innern hat gestern die Wahlordnung für den bayerischen Landtag veröffentlicht. Danach finden die Wahlen am 12. Januar 1919 statt. Das Wahlrecht ist allgemein, gleich, geheim und unmittelbar. Gewählt wird in der Verhältniswahl, wobei das ganze Land einen Wahlkreis bildet. Die Zahl der Abgeordneten beträgt 180; bisher waren es 163. Von den Abgeordneten werden 163 in einem Wahlgang in den bayerischen 193 Wahlkreisen, die als Stimmkreis gelten, aufgrund von Wahlvorschlägen nach dem Verhältnis ihrer Stimmenzahl verteilt. Wenn in der Wahl zu der angegebenen Zeit keine Wahl möglich sein sollte, so kann der Landtag die bisherigen Abgeordneten als Vertreter der Wähler Wähler im Landtag anerkennen und durch den Präsidenten einberufen.

Schutz für Riga.

Berlin, 11. Dez. (Wolff-Rel.) Die die Presse-Abteilung der baltischen Lande mitteilt, nähert sich der bolschewistische Vandalismus infolge des Abrückens der deutschen Truppen von Pleskau bereits Mittellivland. Für das Getreidegebiet, ohne das Riga vor Hunger fürcht, und um Riga selbst zu schützen, organisiert der deutsch-baltische Nationalausschuss in Riga Landeswehr-Kompagnien, die gemeinsam mit den Truppen der deutschen Republik die bolschewistischen Einfälle zurück schlagen sollen. Zahlreiche wehrfähige Baltien aus Deutschland, sämtliche baltischen Kriegsfreiwilligen der deutschen Armee und andere deutsche Freiwillige treten in diese Kompanie ein, deren Meldestelle sich in Berlin, Markstr. 4, und in Riga in der Peter-Neefskule, Pushtin-Boulevard, befinden. Wird Riga nicht behauptet, so ist auch Aurland verloren und Dänemark in unmittelbarer Gefahr.

Holland als Zufluchtsort.

Haag, 11. Dez. (Wolff-Rel.) In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer erklärte der Vorsitzende des Ministerrates, Huns de Beerenbromf, die Regierung würde es leichter haben, wenn der frühere deutsche Kaiser sich nicht als Zufluchtsort Holland ausgelacht hätte. Er fuhr dann fort: Der Kaiser hat aber, wie aus der amtlichen Mitteilung des holländischen Gesandten in Berlin hervorgeht, vor seiner Flucht nach Holland auf den Thron verzichtet. Am 11. Nov. folgte dann die bekannte Urkunde, die in Amsterdam unterzeichnet wurde. Am 9. Nov. wußte die Regierung, daß der Kaiser abgedankt hatte. Er teilte dies auch am 9. Nov. den holländischen Behörden in Eindhoven mit. Der Kaiser kam unerwartet auf holländisches Gebiet. Keine einzelne Regierungsperson hatte etwas dazu beigetragen oder sich einer Zwischenperson bedient, um etwas zu unternehmen. Auch General von Hauke hat nichts in dieser Sache getan. Man habe nichts von der Ankunft des Kaisers gewußt. Alles, was darüber verlautet, ist Fantasie. Nach der Thronentlassung konnte von einer Internierung keine Rede mehr sein. Es handelt sich einfach um die Frage des Wohnortes und der Gastfreundschaft, um eine Tradition, die in Holland seit Jahrhunderten besteht. Die Regierung wußte, daß Holland dadurch in Schwierigkeiten kommen würde, aber sie wollte nicht gegen diesen Jahrhunderte alten Grundsatz handeln. Die Regierung kann sich nur auf den Standpunkt der vollendeten Tatsache stellen. Jeden Versuch, den Aufenthalt des Kaisers in Holland als eine unneutrale Handlung darzustellen, weist die Regierung zurück. Jedem anderen Staatsoberhaupt würde auf die gleiche Weise empfangen worden sein. Der augenblickliche Zustand ist indessen ein vorläufiger. Es hängt von der Entwicklung der internationalen Ereignisse und von der inneren Lage ab, was geschehen wird. Ein eventuelles formelles Ansuchen um Auslieferung des früheren Kaisers würde auf seine Wehrlosigkeit und auf die bestehenden Verträge hin untersucht werden müssen. Es ist auch möglich, daß fremde Regierungen wünschen werden, mit Holland wegen eines neuen Aufenthaltes des früheren Kaisers in Unterhandlungen zu treten. Die Regierung würde nicht abgeneigt sein, zuzustimmen, wenn Holland dabei eine Stellung eingenommen würde, die sich mit der Ehre und Würde des Landes verträgt. Die Regierung behält sich ihre Entscheidung vor. Gegen etwaige Intrigen wird die Regierung ernstlich auftreten.

Weitgehende englische Forderungen.

Berlin, 11. Dez. (Wolff-Rel.) Die Verhandlungen mit der britischen Kommission in Wilhelmshaven lassen erkennen, daß Forderungen nicht zu erreichen sind. Trotz der deutschen Proteste verlangte der englische Admiral genaue Angabe über die im Bau befindlichen Kriegsschiffe. Trotzdem der englische Vertreter in Spag auf Ablieferung des Panzerkreuzers „Madenen“ verzichtete und trotzdem daß deutschseits mitgeteilt wurde, daß dieses Schiff nicht vor vier Monaten schiffbereit sein kann, hat der englische Admiral die Nichterfüllung seiner Forderung, das Schiff bis Ende Dezember zur Ueberführung fertig zu stellen, als Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen bezeichnet.

Englands Verschuldung an Amerika.

London, 11. Dez. (Wolff-Rel.) Churchill sagte in einer Rede, die er in Dundee über die finanzielle Lage hielt, unter anderem: England sei an die Vereinigten Staaten schwer verschuldet. Es habe für 400 Millionen Gold und für 800-1000 Millionen in Wertpapieren nach Amerika geschickt. Die Einzahlungen für die Schuld und der Zinsverlust für die Wertpapiere würden während der folgenden Jahre England eine sehr ernste Bürde auferlegen.

Bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit.

London, 11. Dez. (Wolff-Rel.) Reuters: Lord Robert Cecil sagte in einer Versammlung in Leamworth: Die einzige befriedigende Regelung würde sein, wenn die Alliierten feststellen, wie viel Deutschland zahlen könne, und daß wir die betreffende Summe verlangen und unter diejenigen der Alliierten verteilen, die darauf Anspruch haben. Ein Unterschied zwischen Wiedergutmachung, Kompensation und Kriegsentuschung sollte nicht gemacht werden. Deutschland muß bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zahlen.

Bundespräsident Ador.

Bern, 11. Dez. (Wolff-Rel.) Meldung der Schweizer Depeschentelegraphen: Der Bundesrat wählte zum schweizerischen Bundespräsidenten für 1919 den Bundesrat Gustav Ador von Gené. Chef des Departements des Innern: 39 Stimmen fielen auf Bundesrat Müller von Bern.

Was die Revolution dem preussischen Staate kostet.

Bei der letzten Sitzung des Volksrates der Großberliner Arbeiter- und Soldatenräte sind Dinge zur Sprache gekommen, die dem Steuerzahler mit erschreckender Deutlichkeit zeigten, in wie unerantwortlicher Weise Staatsgelder verausgabt werden. Wir hörten dort, daß Schreibmädchen 900 M. im Monat, Poeten (sogenannte „Kuriere“), die also nur Potendienste verrichten, monatlich 1200 M. erhalten, und daß die Mitglieder des A- und S-Rates selbst sich mit je 1200 bis 1500 M. im Monat bezahlt machen. Wenn wir uns auch während des Krieges durch die Verwaltungspraxis der Kriegsgesellschaften an floride Gehälter und schwindende Ziffern für einfache Leistungen allmählich gewöhnt hatten, so übersteigt doch die vom A- und S-Rat gezahlte Großzügigkeit alle Grenzen und sie kann nur erschrocken sein durch den — ich will mich ganz milde ausdrücken — Mangel an jeder geschäftlichen und verwaltungstechnischen Erfahrung und Erkenntnis. Aber ein Grauen vor der Gewissenlosigkeit solcher Verschwendung, in deren Händen nun doch mal vorläufig Wohl und Wehe der Bürger und nicht in letzter Linie das der Arbeiterschaft liegt, muß uns beschleichen, wenn wir uns mit ihrem Dilettantismus eingehender beschäftigen.

Am deutlichsten erkennbar ist er bei den von den A- und S-Räten beauftragten und mitteleiteten Polizeiverwaltungen von Großberlin. In Charlottenburg z. B. waren bisher, d. h. unter dem alten Regime, nach dem Staatshaushaltsgeheim für dieses Jahr 479 Schutleute (einschließlich der Wachmeister, Kriminalbeamten und nicht-uniformierten Exekutivbeamten) angestellt. Von diesen sind infolge der Kriegsanforderungen 179 Stellen unbesetzt geblieben, so daß der Sicherheitsdienst von den verbleibenden 300 Mann und einer bescheidenen Zahl von Hilfskräften geleistet wurde und auch jetzt noch ausgeübt wird. Neben dieser Schutzmannschaft verlangt nun der Charlottenburger Volkskommissar des A- und S-Rates, der halt des bisherigen Polizeipräsidenten antwortet, eine Sicherheitskommission von 1000 Mann einschließlich 100 Gruppenführern. Für die Mannschaften werden Tagelöhner von 10 M. für die Gruppenführer von 12 M. angefordert. In Verbindung mit dieser Truppe werden noch, trotz des unverminderten Bedarfes der Beamtenschaft, folgende Erhaltungszuschüsse gefordert: ein Polizeipräsident = 30 M. Tagelohn, ein Leiter der Sicherheitskommission und dessen Stellvertreter = je 25 M., ein Polizeireferent und ein Kassaführer = je 25 M., 16 Bürgerdeputierte = je 15 M., ein Sekretär = 15 M., 16 Abteilungsleiter = je 12 M. Tagelöhner und 6 Schreibmädchen = je 250 M. monatlich. Diese Mehraufwendungen betragen zusammen im Monat 324 850 M., oder jährlich 3 897 720 M., also fast 4 Millionen Mark. Demgegenüber muß man sich vergegenwärtigen, daß nach dem bisherigen Kassanachschlag für 1918 die gesamten Aufwendungen für alle Ausgaben des Polizeipräsidiums Charlottenburg 2 912 800 M. betragen, von denen auf die Schutzmannschaft 1 452 511 M. entfielen. Diese runden 2 Millionen bleiben, unbeschadet der Reueforderungen, der Staatskasse zur Last.

Werden gleichartige Mehraufwendungen für die übrigen Bezirkspolizeiverwaltungen Groß-Berlins (Schöneberg, Wilmersdorf, Neukölln, Lichtenberg) gestellt, so ergibt das einen Betrag von 8 282 655 M., da diese Vorortpräsidenten haushaltsplanmäßig sich zu Charlottenburg wie 68 zu 100 verhalten. Die Mehraufwendungen für die vier Vorortpräsidenten belaufen sich also auf 12 Millionen M. (genau: 12 180 375 M.) im Jahre. Die tatsächlichen Anforderungen über werden nach den jetzigen Erfahrungen diese Anschaffungen übersteigen.

Wenn wir uns zum Polizeipräsidium Berlin. Die Mehraufwendungen betragen hier, nach den obigen Gesichtspunkten berechnet (schon jetzt sollen 6000 Mann angeworben sein!) jährlich 18 721 500 M., also für den gesamten Landespolizeibereich Berlin rund 61 Millionen M. (genau: 60 901 875 M.). Die daneben noch nach dem Haushaltsplan für 1918 laufenden Ausgaben für den Landespolizeibereich mögen aus 30 490 195 M., die unerlässlich sind, da die gesamte bisherige Beamtenschaft ihren Dienst doch weiter verrichtet.

Es erübrigt sich also, daß der A- und S-Rat dem Steuerzahler, und ich möchte wieder betonen: dazu gehört auch der Arbeiter, Geldopfer allein für die Polizeiverwaltung von Großberlin auferlegt, die die regelmäßigen Ausgaben um mehr als das Doppelte übersteigen. Damit nicht genug! Es besteht die trübe Aussicht, daß diese Kosten nicht einmal ausreichen werden, da der Volkskommissar für das Sicherheitswesen in Berlin, Herr Eichhorn, Blankettvollmacht für seine Ausgaben fordert. Die Gemeindevorsteher Groß-Berlins werden sich eines schönen Tages vor Verwunderung die Augen reiben, wenn ihnen ihr geschätztes Drittelanteil dieser Kosten abgefordert wird.

Nun liegen mir bisher nur diese zuverlässigen Zahlen aus Großberlin vor. An den übrigen staatlichen Polizeiverwaltungen Preußens, z. B. Bismarck, Potsdam, Regensburg, Danzig, Essen, Frankfurt a. M., Gelsenkirchen, Düsseldorf, Kattowitz, Kiel, Königsberg, M., Magdeburg, Stettin, Wiesbaden werden die Verhältnisse wesentlich kaum anders liegen. Wehe den Städten bei ihren ohnehin schon erdrückenden Gemeindefinanzlasten, wehe aber auch dem Staat!

Haben die Herren Dr. Südekum und Simon, unsere neuen Finanzminister, es sich schon klar gemacht, was es heißt, wenn alle übrigen Zweige der Staatsverwaltung mit Mehraufgaben belastet werden, selbst wenn sie nur halb so hoch sind wie die meines Vorgesetzten? Der Staatshaushalt für Preußen balanziert mit 6 540 986 278 M.; er würde dadurch mindestens auf das Doppelte, auf mehr als 13 Milliarden anwachsen. Sehen unsere Finanzverwalter nicht ein, daß die leichte Hand der A- und S-Räte ein Chaos anrichtet, das nur mit dem Zusammenbruch der Staatskasse enden kann? Und wird den einschüßlichen Mi-

Verhinderlich hat man geglaubt, es genüge, wenn man einen Kreisbauernrat als „Beratende Stelle beim Landratsamt“ bilde. Diese Annahme ist irrig, und es muß hier von vornherein gesagt werden, daß Bauernräte oder Kreisbauernräte, die auf Veranlassung des Landratsamtes gegründet werden oder gegründet worden sind, nur von kurzer Lebensdauer sein können. Der Landrat soll nicht in irgend einer Eigenschaft, auch nicht etwa als Vorsitzender eines landwirtschaftlichen Bezirksvereins, in der Relation zur Bildung von Orts-Bauernräten und Kreis-Bauernräten in Erscheinung treten, denn er ist ja derjenige, der kontrolliert werden soll.

— Mainz, 9. Dez. Das Stadttheater bleibt auf Anordnung des Oberbürgermeisters vorläufig geschlossen.

* Mainz, 12. Dez. Der Eisenbahnverkehr auf dem linken Rheinufer ist am Dienstag wieder aufgenommen worden und zwar nach dem alten Winterfahrplan. Schnellzüge zwischen Mainz und Köln fahren noch nicht, doch schweben darüber Verhandlungen.

* Höchst, 10. Dez. Der Apfelweinpreis zeigt noch keine Ermäßigung, wie die nachfolgende dem „Kreisblatt“ berichtete Liste ergibt. Es kostete am letzten Sonntag der Schoppen in Münster beim Gasser, in Schwanheim und Nied 50 Pfg., in Neuenhain 70 Pfg., in Ecken 90 Pfg. und beim Ramp in Bodenhausen sogar 1 Mark. Dieses Getränk legte allerdings unter der Platte „Spelerling“.

* Frankfurt a. M., 11. Dez. Die Verwaltungs-foren für die A. u. S. Räte. In der letzten Stadt-

verordnetenversammlung teilte der Berichterstatter des Finanz-ausschusses mit, daß der Ausschuss die Gewährung eines Kredits von 500 000 Mark für die Verwaltungs-fürden der Arbeiter- und Soldatenräte gutgeheißen hat. 310 000 Mark seien bereits als Voranschlag bewilligt worden. Unter Vorbehalt der Rückzahlung durch den Staat bewilligten die Stadtverordneten einen Voranschlag von 200 000 Mark.

P. Bob Em, 11. Dez. Todesfall. Nach längerem schwerem Leiden starb hier der frühere Generaldirektor des Emser Blei- und Silberbergwerks Karl Linkebach im 77. Lebensjahr. Linkebach entstammte einer alt-eingelegenen, angesehenen Emser Kaufmannsfamilie und verbrachte sein ganzes Leben im Dienste des hiesigen Berges, bis er 1909 in den Ruhestand trat. Im Mai 1906 konnte er sein goldenes Berufsjubiläum feiern.

Vermischtes.

D Straßburg... Ueber die derzeitigen Verhältnisse in Straßburg wird geschrieben: Die französischen Truppen und die französisch gekannte Bevölkerung feiern unausgesetzt den Sieg der französischen Waffen. In der seit dem Einzug der französischen Truppen mit Blumengirlanden und Fahnen geschmückten Stadt finden allabendlich feierliche Veranstaltungen statt. Täglich läuten die Glocken des Straßburger Münsters eine Stunde lang. Eine Eskadron reitet täglich auf einem weichen Pferde mit gekleideten Händen französischen Truppen entgegen. Die Befehlshaber Marschall Koch persönlich im Beisein einer zahlreichen Menschenmenge zum Reiten der Befreiung des Elsass. Die Verpflegung

der Bevölkerung hat eine wesentliche Besserung erfahren. Auch alle Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens werden auf den Markt gebracht. Besonders hart kauft die Bevölkerung Seife, Garne und Kleidung. Die Lebens-mittelarten sind abgeschafft worden. Einzelne Deutsche haben unter der französischen Besatzung zu leiden. Im allgemeinen soll es der deutschen Bevölkerung jedoch nicht schlecht ergehen.

Vollswirtschaft.

Berliner Börsenbericht vom 11. Dezember. Die Börse verlief anfänglich etwas schwächer, wurde aber nachher wieder fester, da die zurückkehrenden Truppen Veräußerung gaben. Tägliches Geld unverändert ca. 1 1/2 Prozent.

Frankfurter Börsenbericht vom 11. Dezember. Nach der aktiven starken Aufwärtsbewegung gestaltete sich der Börsenverkehr etwas ruhiger. Die Kurse konnten sich in-dessen immer noch zum Teil weiter belebigen. Auch heute trat für eine Reihe von Gebieten Kaufdruck ein. Bevor-zugt waren Industriepapiere. Deutsche Anleihen be-hielten ihren Stand. Von fremden Renten waren Pfundwerte bevorzugt.

Schriftleitung: Bernhard Grothaus.
Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: B. Grothaus;
für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Teil:
H. C. Giffenberg; für Stadt- und Landverhältnisse, Gericht und
Sport: L. W. Hans Giffenberg; für die Anzeigen: J. G. Giffenberg;
sämtlich in Wiesbaden.
Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

Die in grosser Zahl angesammelten Reste (und Abschnitte) von Seidenstoffen
für Kleider, Blusen, (für Futter usw.) sind auf besonderen Tischen ausgelegt.

Damen-Moden

J. HERTZ

Langgasse 20

[1393]

Was schenkt man Damen zum Weihnachts-Feste?

Eine moderne

Handtasche!

Dies macht Freude und ist gleich-
zeitig ein praktisches Geschenk!

Taschen

 in Krokodil-Leder,
Auto-Leder, antik.
Rindleder, Seehund
usw.
Besonders grosse Auswahl in
Besuchstaschen.Ferner reichhaltige Auswahl in
Nähbeuteln, Nähkästen und Etuis,
Schreibmappen, Portemonnaies,
Reise-Necessaires und Manicures.


Lederwaren- und Kofferhaus

Inh. Ferd. Führer, Hoflieferant

Parterre u. 1. Etage **10 Grosse Burgstr. 10**

Parterre u. 1. Etage

Zur Aufklärung!

Der Artikel in der „Wiesbadener Zeitung“ vom 10. Dezember mit der Ueberschrift: „Wendung in der nationalliberalen Partei“, ist irreführend. — Wir haben keineswegs die Absicht, den Eintritt von Mitgliedern der nationalliberalen Partei in die Deutsche demokratische Partei zu erschweren oder gar zu verhindern.

Das Gegenteil ist der Fall. Herzlich willkommen ist uns jeder Mitbürger, der sich offen und vorbehaltlos zu einem Programm auf-richtiger, gerechter Demokratie bekennt. —

Was wir verhindern müssen, ist die geschlossene Angliederung politischer Organisationen, die in der Vergangenheit in scharfem Gegen-satz zur Demokratie standen.

[8931]

Deutsche demokratische Partei.



F. Dofflein Wiesbaden, Friedrichstr. 43

Familien-Auskünfte
über Vermög., Aufw., Erb.,
Vorleben allerorts
Besuch, Ermittlung,
in Ehe, Alimentat., Bioli-
und Strafprozeß, außer-
streng real, Währ. erste
Praxis. Kosten. Nachsch.
und Aufw. unaufl. Ruber.
„Globe“
Weltweitverbreiteter
Berlin W 35 Potsdamerstr. 118

Zerrissene Strümpfe

gewaschen, möglichst gebleicht, mit gut erhaltenen
Beinlängen werden das Paar Mt. 1.25 wie neu, selbst
in Halbschuhen tragbar, hergestellt. Sie erhalten aus:

6 Paar Strümpfen 4 Paar
Socken 3 Paar
Längen 3 Paar

Vorzügliche sachmännische Arbeit.

Karl Goldstein, Webergasse 18
Paula Stern, Welltrifflage 35

Bade im Badehaus!

12 Bäder Mark 10.—
6 „ „ 5.—
1 „ „ 1.—
mit Ruheraum.

Badehaus zum Goldenen Brunnen

Starke warme Quelle. **SSS** Goldgasse 10.

